

Gespräch mit Heinrich August Winkler

Hajime KONNO

Vorbemerkung

Im Juli 2023 plante ich, mit Herrn Prof. Dr. phil. Heinrich August Winkler (geb. 1938), Professor emeritus der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, ein Gespräch zu führen. Herr Prof. Dr. Winkler ist mein Doktorvater gewesen: Am 6. Februar 2002 wurde ich bei ihm unter Vorlage einer Arbeit über Max Weber promoviert. Am 27. Juli 2023 bat ich ihn um ein Interview, und am 31. Juli erhielt ich seine Zusage. Seinem Vorschlag folgend führten wir Anfang August einen schriftlichen Austausch über einige mich interessierende Fragen. Am 2. August 2023 richtete ich meine Frageliste an ihn, und er antwortete am 21. August schriftlich darauf. Am 28. September 2023 bat ich ihn erneut, mir auf weitere zusätzliche Fragen mit Kommentaren zu antworten. Dieser Bitte kam er am 4. Oktober nach. Mein Dank gilt Herrn Prof. Dr. Winkler für sein freundliches Einverständnis mit diesem Vorhaben sowie Herrn Reinhard Markner (Berlin) für die Korrektur des Textes.

Gespräch

1. Politische und wissenschaftliche Lebenswege

Konno: Sie wurden in eine Familie von Historikern hineingeboren. Inwieweit hat das Vorbild Ihres Vaters, den Sie leider sehr früh verloren, oder das Ihrer Mutter Ihre Berufswahl beeinflusst?

Winkler: Meine beiden Eltern waren promovierte Historiker. Das Interesse an

Geschichte ist mir also „in die Wiege gelegt“ worden. Geschichte war in der Schulzeit mein Lieblingsfach. Im September 1956, ein halbes Jahr vor dem Abitur, durfte ich in Ulm am Deutschen Historikertag teilnehmen. Dieses Erlebnis hat mit dazu beigetragen, dass ich seit 1957 Geschichte im Hauptfach studierte.

Konno: Was bedeutet Ihnen Ihre Heimat Ostpreußen; haben Sie noch Erinnerungen an Ihre frühe Jugend in Königsberg? Ihr Heimatland ist jetzt teilweise russisches Territorium. Hängt Ihre Neigung zur „Westbindung“ mit der Erfahrung von Flucht und Vertreibung zusammen? Haben Sie es nach dem Zerfall der Sowjetunion für möglich gehalten, dass Russland den nördlichen Teil Ostpreußens wieder verlieren könnte?

Winkler: Ich erinnere mich an Königsberg, die Samlandküste und die Kurische Nehrung in den Jahren 1943 und 1944. Meine kontinuierliche Erinnerung beginnt im August 1944: Das war der Monat, als wir – meine Mutter, meine Großmutter und ich – Ostpreußen verlassen konnten. Meine Mutter hatte das Kriegsende und den Untergang Ostpreußens vorhergesehen und sich nach Abschluss ihres Studiums in Königsberg um eine Beschäftigung im Westen Deutschlands bemüht. Sie wurde zunächst Aushilfslehrerin an der Ursprungsschule, einem Internat, bei Schelklingen in Württemberg. Dort haben wir das Kriegsende erlebt. An den Einzug der Amerikaner Ende April 1945 erinnere ich mich ebenso wie an die letzten Monate des Krieges sehr deutlich. Seit jener Zeit entwickelte ich ein lebhaftes Interesse an den USA, der Vormacht des Westens. Hierzu gehörten seit 1950 häufige Besuche im Amerikahaus in Ulm. Hoffnungen, Ostpreußen jemals wiederzusehen, hat sich meine Mutter niemals gemacht. Für mich war seit meiner Studienzeit klar, dass die deutschen Ostgebiete für immer verloren waren. Den polnischen Teil des einstigen Ostpreußens habe ich seit 1979 mehrfach besucht. In Königsberg, dem jetzigen Kaliningrad, war ich einmal, 1994. Mein Geburtshaus im Vorort Juditten steht noch.

Konno: Wie sind Sie mit Hans Rothfels an der Universität Tübingen in Kontakt gekommen? Wie kam es dazu, dass ausgerechnet er Ihr Doktorvater wurde,

nachdem er bereits die Promotion Ihres Vaters betreut hatte? Was haben Sie von Rothfels gelernt?

Winkler: Hans Rothfels habe ich während meiner Schülerzeit am Humboldt-Gymnasium in Ulm über meine Mutter kennengelernt, die ihn noch aus seiner Königsberger Zeit kannte. Er beriet mich bei der Wahl meiner Studienfächer und lud mich bereits in meinem zweiten Semester, meinem ersten Tübinger Semester, im Winter 1957/58 ein, an seinem Hauptseminar über Nationalitätenprobleme in der Revolution von 1848/49 teilzunehmen. Von Rothfels habe ich gelernt, Geschichte als Problemgeschichte zu begreifen und Erkenntnis für wichtiger zu halten als bloße Kenntnisse.

Konno: Wie haben Sie West-Berlin auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung erlebt? Der Studentenbewegung wird heute oft nachgesagt, sie habe die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland erneuert. Zu dieser Zeit waren Sie bereits Hochschullehrer an der Freien Universität Berlin und Mitglied der SPD. Welche ideologischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede haben Sie den studentischen Aktivisten gegenüber empfunden?

Winkler: Das Jahr 1968 habe ich zu einem großen Teil, bis Ende Juli, als German Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University in Cambridge, Massachusetts, verbracht. In meiner Abwesenheit wurde ich als Assistentenvertreter in die nunmehr drittelparitätisch, d.h. aus Professoren, Angehörigen des wissenschaftlichen und administrativen Mittelbaus sowie aus Studierenden zusammengesetzten Institutsleitung des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin gewählt. Ich gehörte wie viele Professoren und Assistenten zu den hochschulpolitischen „Reformern“. Das Wintersemester 1968/69 reichte aus, um mich zu einem Kritiker der Drittelparität und ihrer fatalen Konsequenzen zu machen.

Zwei jüdische Remigranten, die Professoren Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal, wurden zu meinen Vorbildern und Ratgebern in der Auseinandersetzung mit den radikalen Kräften unter den Studenten und Assistenten. Zusammen mit gleichgesinnten Mitgliedern des Lehrkörpers habe ich mich nach meiner

Habilitation in den Fächern Politische Wissenschaft und Neuere Geschichte im Juni 1970 um eine „Reform der Reform“, vor allem im Bereich des Prüfungswesens, bemüht. Gemäßigte Berliner Sozialdemokraten habe uns dabei unterstützt und erste Schritte in diese Richtung unternommen.

Konno: Wie war Ihr Verhältnis zu Thomas Nipperdey, Ernst Nolte und Horst Möller? Sie haben Nolte in der sog. „Historikerstreit“ und Möller anlässlich seiner Laudatio auf Nolte im Jahr 2000 kritisiert, aber Sie teilen meiner Meinung nach mit Nolte den Ansatz, die sowjetisch-russische Bedrohung auf Grundlage der Totalitarismustheorie zu betonen.

Winkler: Ich kannte Nipperdey seit 1963, als wir beide eine Zeitlang gemeinsam am Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen arbeiteten. Ich schätzte seine wissenschaftlichen Arbeiten ebenso wie die von Horst Möller. Von Ernst Noltens erstem großen Werk „Der Faschismus in seiner Epoche“, das 1963 erschien, war ich sehr beeindruckt. Ich habe das Buch damals im „Vorwärts“, dem Organ der SPD, überwiegend positiv besprochen. Im „Historikerstreit“ von 1986, einer Kontroverse um die historische Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Judenmordes, in der Nolte eine nationalapologetische Position in Sachen Nationalsozialismus bezog, wurde ich zu seinem wissenschaftlichen Gegner. Dass es zwischen Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus totalitäre Gemeinsamkeiten gab, war für mich auch in dieser Zeit nicht zweifelhaft.

Im Jahre 2000 habe ich öffentliche Kritik daran geübt, dass sich Horst Möller entschlossen hatte, bei der politisch umstrittenen Deutschland-Stiftung eine Laudatio auf Ernst Nolte zu halten. Nach meiner Meinung vertrug sich das nicht mit Möllers Funktion als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, zu dessen Wissenschaftlichem Beirat ich damals gehörte. Möllers Verdienste um das Münchner Institut und um die Zeitgeschichte bleiben davon unberührt.

Konno: Welche konkreten Prozesse haben dazu geführt, dass sich Ihre Einstellung zum deutschen Nationalstaat geändert hat? Ihrem letzten Buch „Nationalstaat wider Willen“ (München: Beck 2022) zufolge hielten Sie in den 1980er Jahren

am Fortbestand der deutschen Nation grundsätzlich fest, hatten aber den Wiederaufbau des deutschen Nationalstaates als Ziel aufgegeben und eine „postnationale“ Ordnung angestrebt, was sich auch nach dem Fall der Berliner Mauer zunächst nicht änderte. Erst durch die massenhafte Abwanderung der Menschen aus der DDR seien Sie dazu veranlasst worden, die Schaffung eines einheitlichen Staates zu befürworten. Hat Sie die deutsche Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990 ähnlich stark bewegt wie Thomas Nipperdey oder Otto Dann?

Winkler: Ich war in den 1980er Jahren ein Gegner der in der „alten“ Bundesrepublik von einigen Politologen und Historikern vertretenen These einer „Binationalisierung“ Nachkriegsdeutschlands, also der Herausbildung einer west- und einer ostdeutschen Nation. Gleichzeitig wandte ich mich gegen die Forderung nach einer Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne der Wiederherstellung eines souveränen Nationalstaates nach Art des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches. Eine neue Machtzusammenballung in der Mitte Europas hielt ich nach den Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für eine Lösung, die für die anderen europäischen Staaten nicht zumutbar war. Den Begriff „postnational“, der von dem Politologen und Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher stammt, habe ich mir nicht zu eigen gemacht.

Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 habe ich mich korrigiert. Seit Anfang 1990 hielt ich eine bundesstaatliche Vereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1945 für unumgänglich. Das wiedervereinigte Deutschland ist kein klassischer, sondern ein postklassischer Nationalstaat wie alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Es übt einige Hoheitsrechte gemeinsam mit anderen Mitgliedern dieses Staatenverbundes aus und hat andere Hoheitsrechte auf supranationale Institutionen wie die Europäische Zentralbank übertragen.

Der 3. Oktober 1990 war für mich ein ähnlich einschneidendes Ereignis wie der 9. November 1989. Seit der Wiedervereinigung ist die historische deutsche Frage in dreifacher Hinsicht gelöst. Erstens gibt es eine Antwort auf die alte Frage von Einheit und Freiheit, die Doppelforderung der Revolution von

1848/49. Zweitens ist seitdem verbindlich geklärt, wo Deutschland liegt, wie seine Grenzen verlaufen, was dazu gehört und was nicht. Durch die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Görlitzer Neiße ist zugleich ein anderes Jahrhundertproblem, die polnische Frage, gelöst. Drittens bildet Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der NATO kein europäisches Sicherheitsproblem mehr.

Konno: Wie kam es zu Ihrer Berufung an die Humboldt-Universität zu Berlin? Sie waren ein scharfer Kritiker der DDR. Was haben Sie vorgefunden, als Sie an die Universität kamen? Welche Gespräche haben Sie mit Historikern aus der ehemaligen DDR geführt?

Winkler: Ich erhielt die Anregung zur Bewerbung um eine Professur für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin von Professor Gerhard A. Ritter, dem Vorsitzenden der Struktur- und Berufungskommission Geschichte. Meine Bewerbung war erfolgreich. Am 4. Oktober 1991 nahm ich als erster „Westhistoriker“ den Ruf an die Humboldt-Universität an und verließ die Universität Freiburg, an der ich seit 1972 gelehrt hatte. Auf Ersuchen des Berliner Senators für Wissenschaft und Forschung, Manfred Erhardt, und des Rektors der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, übernahm ich das Amt des kommissarischen Geschäftsführenden Direktors des Instituts für Geschichtswissenschaften. Die Neuberufenen bestätigten mich in dieser Funktion durch einstimmige Wahl.

Bei den ostdeutschen Historikern galt es zwischen denen zu unterscheiden, die auf Grund ihrer wissenschaftlichen Leistung eine Bleibeperspektive hatten, und anderen, bei denen Parteilichkeit im Sinne der SED die wissenschaftliche Arbeit dominierte. Nicht bleiben konnte, wer für die Stasi gearbeitet und/oder Kollegen oder Studenten denunziert hatte. Es gab Fächer, die weniger ideologisch belastet waren als die Geschichte, darunter die Naturwissenschaften. Diese Fächer wiesen eine sehr viel höhere Bleibequote auf als die Geistes- und Sozialwissenschaften. Eine besondere Verantwortung trugen die Neuberufenen gegenüber früheren Studentinnen und Studenten, die in der DDR aus politischen Gründen relegiert

worden waren. In der Summe würde ich den Neuanfang an der Humboldt-Universität als gelungen bezeichnen.

Konno: Wie haben Sie mit Ihrer Frau Dörte in der Geschichtswissenschaft zusammengearbeitet?

Winkler: Mit meiner Frau, die 1976 bei Wolfgang Schieder in Trier mit einer Arbeit über „Frauenarbeit im Dritten Reich“ promoviert hat, habe ich alle Fragestellungen, Hypothesen und Thesen meiner Bücher erörtert. Kernpassagen habe ich ihr häufig vorgelesen und ihre Kritik eingearbeitet. Das gilt auch für meine politischen Interventionen, die ihr wesentliche Anregungen verdanken.

2. Deutsche Geschichte

Konno: Sie sind immer mit Leidenschaft an die Geschichtsschreibung herangegangen, und ich vermute, dass hinter dieser Leidenschaft ein deutscher Nationalismus steckt. Den Begriff „deutscher Nationalismus“ will ich hier nicht verurteilend verwenden, sondern im Sinne eines Denkens, das das deutsche Vaterland erhalten und entwickeln will. Ist Ihre Kritik an dem „deutschen Sonderweg“ nicht die Kehrseite Ihrer Liebe zu Deutschland?

Winkler: Der Begriff „Nationalismus“ ist in Deutschland durch die Herrschaft des Nationalsozialismus diskreditiert. Er impliziert im deutschen Verständnis ein Element des Exklusiven und Exzessiven. Dem wird heute ein aufgeklärter, weltoffener Patriotismus gegenübergestellt. Dieser Patriotismus verlangt eine selbstkritische Aufarbeitung der nationalen Vergangenheit Deutschlands. Ich zitiere in diesem Zusammenhang gern ein Wort des dritten Bundespräsidenten Gustav Heinemann aus seiner Antrittsrede vom 1. Juli 1969, das mich schon damals beeindruckt hat: „Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland.“

Konno: Als Japaner erscheint mir die Kritik am „deutschen Sonderweg“ vor allem als eine politische Notwendigkeit. Indem das untergegangene Deutsche Reich als ein im Vergleich mit dem damaligen „Westen“ rückständiger Staat geschildert

wird, begründet dies die Freundschaft zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Siegerstaaten. Aber aus historischer Sicht sehe ich manche Gegenargumente. Während die Könige von Frankreich sich weigerten, die Generalstaaten einzuberufen und auch König Karl I. von England sein Parlament zeitweise auflöste, hörte der immerwährende Reichstag nie auf zu existieren. Die Wahlmonarchie und Konflikte zwischen den Fürsten und den Ständen verhinderten lange Zeit die Errichtung einer absoluten Monarchie in Deutschland. Die Wahlkapitulation des römisch-deutschen Kaisers könnte als deutsche Verfassung betrachtet werden (vgl. Wolfgang Burgdorf, Protokonstitutionalismus, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015), die präziser war als die britische Bill of Rights. Im frühneuzeitlichen Deutschland wurde das konfessionelle Zusammenleben zu einem etablierten Staatsprinzip, was in Großbritannien und Frankreich so nicht gelang. Deutschland war in bezug auf die Demokratisierung des Wahlrechts fortschrittlicher als Großbritannien. So hatte der Reichstag des Norddeutschen Bundes bereits das allgemeine Wahlrecht eingeführt und besaß kein Herrenhaus; auch das Frauenwahlrecht wurde in Deutschland früher durchgesetzt. Noch heute besitzt Großbritannien bekanntlich keine kodifizierte Verfassung, dafür aber immer noch ein (wenn auch weitgehend entmachtetes) Herrenhaus. Im Hinblick auf Schottland und Irland erscheint auch der Nationalstaat hier weniger gefestigt als in Deutschland. Das frühneuzeitliche Frankreich wiederum hatte eine politische Realität, die weit von Montesquieus Gewaltenteilungsidee oder Rousseaus Gesellschaftsvertragstheorie entfernt war, und seine Konflikte entluden sich schließlich in einer gewaltsamen Revolution. Der Zentralismus des modernen französischen Nationalstaats hat die sprachlichen und kulturellen Minderheiten an seinen Rändern unterdrückt. War Deutschland wirklich immer und in jeder Hinsicht so viel rückständiger als Großbritannien und Frankreich, was die Beherzigung der „westlichen Werte“ angeht?

Winkler: Die „deutsche Katstrophe“, von der der Historiker Friedrich Meinecke 1946 im Hinblick auf die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur sprach, ver-

langte gebieterisch eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Eine Kernfrage der Historiker meiner Generation lautete: Warum war Deutschland die einzige hochentwickelte Industriegesellschaft des transatlantischen Westens, die im Zuge der Weltwirtschaftskrise nach 1930 ihr demokratisches System zugunsten erst eines autoritären, dann eines totalitären Regimes von rechts aufgab.

Diese Frage stellte sich nicht etwa, weil in Deutschland alles anders gewesen wäre als im sonstigen Westen, sondern weil Deutschland mit Großbritannien, Frankreich und den USA neben dem Trennenden auch vieles gemeinsam hatte. Deutschland gehörte kulturell zum alten Okzident, dem „lateinischen Europa“ oder dem Europa der Westkirche, mit seiner aus dem hohen Mittelalter herrührenden Tradition der Gewaltenteilung, beginnend mit der ansatzweisen Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt („sacerdotium“ versus „imperium“ oder „regnum“) im 11. und 12. Jahrhundert.

Deutschland hatte einen wesentlichen Anteil an der europäischen Aufklärung. Es entwickelte im 19. Jahrhundert eine eigene Tradition des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung, verschloss sich aber anderen politischen Konsequenzen der Aufklärung, wie sie in der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789 Gestalt angenommen hatten, nämlich den allgemeinen und unveräußerlichen Menschenrechten, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie.

Deutschland kannte zwar seit der Gründung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867 das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht für Männer und damit ein kräftiges Stück Demokratie. Klassische liberale Monarchien wie Großbritannien und Belgien hinkten in dieser Hinsicht hinter Deutschland hinterher. Eine parlamentarisch verantwortliche Regierung aber erhielt das Deutsche Reich erst im Herbst 1918 im Schatten seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg. Das war eine der schwersten Vorbelastungen der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, und eine der tieferen Ursachen ihres Scheiterns. Die politische Kultur

Deutschlands blieb auch nach 1918 weithin obrigkeitlich geprägt. Darin vor allem unterschied es sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von den USA, Großbritannien und Frankreich und vielen anderen westlichen Staaten.

Die „vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens“, von der Jürgen Habermas 1986 auf dem Höhepunkt des „Historikerstreits“ sprach, vollzog sich erst im Gefolge der zweiten, diesmal totalen Niederlage Deutschlands, und auch dann nur im freien, im westlichen Teil des Landes. Im östlichen Teil, der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, gab es diese Chance vor der Friedlichen Revolution von 1989 nicht. Hier konnten sich ungeachtet der antifaschistischen Ideologie der herrschenden Partei altdeutsche Vorbehalte gegenüber dem liberalen Westen in viel höherem Maß behaupten als im Westen. Die Spaltung Deutschlands in zwei politische Kulturen wirkt bis heute nach, wie sich an den Wahlergebnissen ablesen lässt: Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) schneidet in den ostdeutschen Ländern sehr viel besser ab als in den westdeutschen.

Konno: In Ihrer Darstellung der deutschen Geschichte wird Preußen als Ausgangspunkt des modernen Deutschlands hervorgehoben, während das von den Habsburgern geführte Heilige Römische Reich und der Deutsche Bund eher unterbewertet werden. Aber war das Alte Reich nicht doch mehr als eine bloße Formalität (vgl. Karl Otmar Freiherr von Aretin, Das Alte Reich. 1648–1806, 4 Bände, Stuttgart: Klett-Cotta 1993–2000)? Wie beurteilen Sie den Deutschen Bund als Versuch einer milden nationalen Einigung unter großdeutschen Vorzeichen (vgl. Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes, München: Oldenbourg 1996–)?

Winkler: Preußen ist im Verlauf der frühen Neuzeit in Deutschland hinein-, Österreich aus Deutschland herausgewachsen. Der Gegensatz zwischen dem evangelischen Hohenzollernstaat und dem katholischen Habsburgerreich hat das Alte Reich innerlich ausgehöhlt. Der Deutsche Bund hat sich die bürgerliche Frei-

heits- und Einheitsbewegung zum Feind gemacht und damit selbst um seine Zukunft gebracht.

Nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 setzte sich die „kleindeutsche“, propreußische Richtung in der Nationalbewegung endgültig durch; die „Großdeutschen“, die sich ein Deutschland ohne Österreich nicht vorstellen konnten, hatten das Nachsehen. Bismarcks Antwort auf die Revolution von 1848/49 war eine Revolution von oben, die ganz in der preußischen Tradition lag. Er löste die deutsche Einheitsfrage im kleindeutschen Sinn, also ohne und gegen Österreich. Die Lösung der Freiheitsfrage wurde verschleppt. Der politischen Hegemonie Preußens im deutschen Kaiserreich entsprach die kulturelle Hegemonie des Protestantismus. Davon ist in Deutschland trotz aller Dechristianisierung auch heute noch einiges geblieben.

Konno: Herfried Münkler sagte 2015 „Wir sind der Hegemon“, und appellierte an die Deutschen, den Mut zu haben, eine europäische Führungsrolle zu übernehmen. Können Sie dem zustimmen?

Winkler: Eine deutsche Hegemonie wäre das Ende des europäischen Einigungsprozesses. Deutschland muss die Verantwortung wahrnehmen, die aus seiner Geschichte, seiner geographischen Lage, seiner Bevölkerungszahl und seiner Wirtschaftskraft erwächst. Daraus ergeben sich auch militärpolitische Verpflichtungen. Diese Einsicht beginnt sich erst allmählich unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine in Deutschland durchzusetzen.

3. Geschichte des „Westens“

Konno: Kann man Ihr historisches Narrativ als im Einklang mit den Strategien von EU und NATO stehend betrachten? Wie mir scheint, möchten Sie Ihre Leser an die Errungenschaften des „Westens“ erinnern und zugleich zu Vorsicht gegenüber dem nicht-„westlichen“ Europa mahnen. Ihre Weltanschauung erinnert insofern an die von Samuel Huntington und Francis Fukuyama unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges veröffentlichten Entwürfe. Sie teilen mit Fukuyama den

Glauben an die normative Kraft der liberalen Demokratie und mit Huntington die Befürwortung der Verteidigung der „westlichen“ Werte.

Winkler: Im Gegensatz zu Fukuyama habe ich nie geglaubt, dass sich die westlichen Werte nach dem Untergang des Sowjetkommunismus in überschaubarer Zeit weltweit durchsetzen würden. Die westlichen Demokratien können ihre Werte niemandem aufzwingen, schon gar nicht mit militärischen Mitteln. Aber sie können für diese Werte werben, indem sie sich selbst an sie halten und selbstkritisch mit den eigenen Verstößen gegen diese Werte ins Gericht gehen.

Konno: Welche Rolle sollte Japan Ihrer Meinung nach in der Welt spielen? Japan hat nach seiner Niederlage gegen den „Westen“ weitgehend aufgehört, politisch und kulturell eigene Wege zu gehen, und ist Mitglied des G7-Gipfels, aber gehört es trotzdem Ihrer Meinung nach nicht zum „Westen“?

Winkler: Japan hat seine eigene Geschichte und Kultur. Es ist, historisch betrachtet, kein Teil des alten Okzidents, aus dem der moderne Westen erwachsen ist. Im Zeichen der japanischen Revolution von oben in der Meiji-Zeit nach 1868 hat sich Japan selektiv westlichen Einflüssen geöffnet. Nicht zufällig wurde dabei vor allem Preußen-Deutschland, das zur gleichen Zeit eine Revolution von oben erlebte, als ein Modell der Modernisierung verstanden. Bemerkenswert ist dabei etwa die Rezeption von Lorenz von Stein, einem Vordenker des preußischen Sozialstaats und Pionier der Verwaltungswissenschaft.

Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg erfolgte in Japan eine Öffnung nach Westen auf breiter Front. Ein Unterschied zu Deutschland nach 1945 besteht darin, dass die Idee der angeborenen Menschenrechte in einflussreichen Kreisen, vor allem in der regierenden Liberaldemokratischen Partei, mit der Idee der vom Staat verliehenen Rechte gekontert wird. Besonders deutlich wurde das in der Regierungszeit von Shinzō Abe.

Von Deutschland unterscheidet sich Japan auch in der Art des Umgangs mit seiner Tradition (Stichwort: Yasukuni-Schrein): Das Verhältnis zur Zeit vor 1945 ist, was den „mainstream“ angeht, eher affirmativ als selbstkritisch. Ein japani-

sches Gegenstück zur langanhaltenden, kontroversen bundesdeutschen Debatte über den Zweiten Weltkrieg, über Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt es meines Wissens nicht. Das heutige Japan ist gleichwohl eine der großen modernen Demokratien mit einer wachsenden Ausstrahlung auf andere asiatische Länder und den gesamten pazifischen Raum. Die enge Zusammenarbeit Japans mit den wirtschaftlich stärksten Demokratien Europas und Nordamerikas im Rahmen der G7 ist von großer weltpolitischer Bedeutung.

Konno: Offensichtlich möchte China mit seiner mächtigen Wirtschaft, seinem aufstrebenden Militär und einer langen Geschichte ohne Schuldkomplexe sich nicht ähnlich unterordnen wie Japan seit 1945. Deshalb erwarten viele, dass der „Westen“ irgendwann in einen großen Krieg mit China verwickelt werden wird. Sehen Sie dies auch als wahrscheinlich an? Glauben Sie übrigens, dass sich Deutschland wirtschaftlich in jüngster Zeit zu sehr von China abhängig gemacht hat?

Winkler: Ein Krieg zwischen China und den westlichen Demokratien ist keineswegs unvermeidlich. Sollte es jedoch über der Taiwan-Frage zu einem militärischen Konflikt mit den USA kommen, werden die europäischen Demokratien schwerlich neutral bleiben können. Sie würden sonst die transatlantische Partnerschaft aufs Spiel setzen.

Deutschland hat sich wirtschaftlich von China in einer Weise abhängig gemacht, die dringend der Korrektur bedarf. Dazu bekennt sich auch die neue „China-Strategie“ der Bundesregierung. Dort werden auch die Menschenrechtsverletzungen der Volksrepublik China angesprochen.

Konno: Wie wir heute beobachten können, sind die „westlichen Werte“ kein abgeschlossenes System. Ihr Inhalt verändert sich vielmehr ständig und umfasst heute z. B. die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder von „diversen“ Geschlechtern, die quotierte Vorzugsbehandlung von Frauen oder von Einwanderern und anderen Minderheiten, die Propagierung des Verzichts auf Fleischkonsum und mancherlei mehr, was Ihre Generation noch gar nicht kannte. Der konkrete Inhalt der „westlichen Werte“ wird von Debatten innerhalb der progressiven

Bewegungen des „Westens“ bestimmt, während von den nicht-„westlichen“ Ländern erwartet wird, dass sie deren Ergebnisse stillschweigend akzeptieren. Dass die „westlichen“ als „universelle“ Werte fungieren, dient als ethisches Fundament für den Führungsanspruch des „Westens“ in der Weltpolitik (Übrigens benutzt auch Japan die „westlichen Werte“ bisweilen als „Moralkeule“ gegen seine Nachbarn China und Korea.). Sind die Versuche der Islamisten, eine Theokratie zu errichten, die Versuche Russlands, seine vorige Macht auf der historischen Grundlage der Orthodoxie wiederzuerlangen, und die Stärkung der Parteidiktatur Chinas Reaktionen auf diese Art der „westlichen“ Weltführung?

Winkler: Die Geschichte des modernen Westens ist dreierlei: erstens eine Geschichte von Kämpfen um die Aneignung oder Verwerfung der westlichen Werte im Westen selbst, die bis heute nicht abgeschlossen ist; zweitens eine Geschichte von schweren Verstößen gegen die westlichen Werte (Stichworte: Sklaverei, Sklavenhandel, Kolonialismus, Imperialismus); drittens eine Geschichte von Selbstkritik und Selbstkorrekturen, also von Lernprozessen.

Die frühen amerikanischen Menschenrechtserklärungen, beginnend mit der Virginia Declaration of Rights und der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, waren klüger als ihre in männlichen und rassischen Vorteilen befangenen Verfasser, unter denen sich ja auch Sklavenbesitzer befanden. Auf die allgemeinen und unveräußerlichen Menschenrechte konnten sich auch jene berufen, denen sie ganz oder teilweise vorenthalten wurden: die aus Afrika oder der Karibik zwangsimpортиerten Sklaven und die amerikanischen Ureinwohner, aber auch die Frauen, denen wichtige Bürgerrechte lange verwehrt blieben. Die Emanzipationskämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts führten zu einer erweiterten Interpretation der Menschen- und Bürgerrechte. Diese Kämpfe sind bis heute nicht abgeschlossen. Aus dem normativen Projekt des Westens ist ein normativer Prozess geworden.

Die Fähigkeit, aus eigenen Fehlern zu lernen, ist nach meiner Meinung die größte Stärke des Westens. Dass der Westen ein „fehlerfreundliches“ oder „lernfähiges System“ ist, erklärt zu einem guten Teil die Anziehungskraft seiner Werte

in großen Teilen der nichtwestlichen Welt – eine Anziehungskraft, die autoritäre Systeme mit Recht fürchten. Das gilt auch für China und Russland. Beide haben im Übrigen selbst fremde Völker ihrer Herrschaft unterworfen, sind also Kolonialmächte. Beide betreiben überdies eine Politik, die man mit Fug und Recht imperialistisch nennen kann.

Die islamische Welt ist ein Kapitel für sich. Die von 45 Außenministern der 57 Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz bestätigte „Kairoer Erklärung“ von August 1990, wonach die Menschenrechte nur nach Maßgabe der Scharia gelten können, widerspricht grundsätzlich der westlichen Auffassung vom allgemeinen und unveräußerlichen Charakter der Menschenrechte.

Konno: Sie gehen davon aus, dass die „westlichen Werte“ die liberale Demokratie ausmachen, aber die Geschichte des „Westens“ ist unter anderem auch eine des Rassismus und Imperialismus. Sie betrachten den Nationalsozialismus als das andere Extrem der „westlichen Werte“, aber steht nicht zum Beispiel die „Volksgemeinschaft“, die er anstrebte, in einer Traditionslinie, die mit der Französischen Revolution beginnt? Ist nicht auch die negative Beschäftigung mit den Nicht-„Westlichen“, die sich in der Propaganda gegen die „Untermenschen“ manifestierte, in den „westlichen“ Ländern noch heute präsent? Und ist nicht eine Denkweise, die zwischen „richtig“ und „falsch“ scharf unterscheidet und versucht, das eine zu fördern und das andere auszurotten, im „Westen“ von der Antike bis heute vererbt worden?

Winkler: Die Herrschaft des Nationalsozialismus markiert den Höhepunkt – oder besser Tiefpunkt der deutschen Auflehnung gegen die politischen Ideen des Westens. Der NS wurde mit populistischen beziehungsweise pseudodemokratischen Methoden zur Massenpartei; er bediente sich zahlreicher ursprünglich linker Begriffe und legitimierte sich plebiszitär. Jede westliche Demokratie muss sich immer wieder die selbstkritische Frage stellen, wann und wo sie gegen eigene Werte verstoßen hat. Der gebotene Respekt gegenüber anderen Kulturen kann keine moralische Indifferenz in Sachen Menschenrechte bedeuten.

Konno: Sie legen großen Wert auf die jüdisch-christlichen (oder monotheistischen) Ursprünge des „Westens“. Ernst-Wolfgang Böckenförde war bekanntlich der Meinung, dass die liberale Demokratie sich keine eigene moralische Grundlage schaffen könne. Jürgen Habermas hat daraufhin in einem Dialog mit Joseph Ratzinger der Religion eine gewisse Bedeutung als moralisches Fundament beigemessen (Habermas/Ratzinger, *Dialektik der Säkularisierung*, Freiburg: Herder 2005). Glauben Sie, dass die zusehende Verwässerung des Christentums in der deutschen Gesellschaft zu einer Instabilität der liberalen Demokratie führen könnte?

Winkler: Die jüdisch-monotheistischen und christlichen Ursprünge und Prägungen des modernen Westens sind evident. Der Aufklärung ging im Mittelalter eine beginnende Selbstaufklärung des Christentums voraus. Die Produktivkraft des Zweifels hat bereits Abälard und nicht erst Descartes entdeckt. Die kategorische Unterscheidung zwischen göttlichen und menschlichen Gesetzen stammt von Jesus („Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“). Diese Unterscheidung hat sich als die Bedingung der Möglichkeit der Emanzipation des Menschen und der Säkularisierung der Welt erwiesen. Auf der Unterscheidung einer göttlichen und einer irdischen Sphäre beruht auch die schon erwähnte ansatzweise Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt im Investiturstreit des hohen Mittelalters, die Keimzelle des westlichen Individualismus und Pluralismus und „Urform“ der modernen Gewaltenteilung.

Das bedeutet nicht, dass sich nur christliche Gesellschaften die normativen und institutionellen Errungenschaften des modernen Westens aneignen können. Es gehört zum Wesen der westlichen Werte, dass sie verallgemeinerbar sind. Die allgemeinen Menschenrechte gelten prinzipiell für alle Menschen. Andernfalls wären sie nicht allgemein.

Innerhalb westlicher Demokratien kann nur der *säkulare* Ertrag des christlichen Erbes normative Verbindlichkeit beanspruchen. Zur vertieften Aneignung der politischen Kultur des Westens gehört die Aufarbeitung seiner Geschichte. Liberale und pluralistische Demokratien bedürfen im Sinne Ernst Fraenkels eines

kontroversen und eines nichtkontroversen Sektors. Nichtkontrovers sollte das sein, was Dolf Sternberger und in seinem Gefolge Jürgen Habermas „Verfassungspatriotismus“ genannt haben.

Konno: Sie halten die Säkularisierung für ein Merkmal des „Westens“, aber anders als das laizistische Frankreich und auch Japan, das von den USA zur Trennung von Staat und Religion gezwungen wurde, ist die Bundesrepublik Deutschland ein Land, das von der einträchtigen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirchen geprägt ist. Sind Sie der Meinung, dass das deutsche System der politischen und kirchlichen Zusammenarbeit noch eine Zukunft hat?

Winkler: Mit seinem strikten Laizismus bildet Frankreich eher die Ausnahme als die Regel unter den westlichen Demokratien. Die Trennung von Staat und Kirche ist eine der großen Errungenschaften des modernen Westens. In der Art, wie sie das Verhältnis von Staat und Kirche gestalten, unterscheiden sich die westlichen Demokratien. Die westliche Welt ist, wie sich gerade auch hier zeigt, ein pluralistisches Gebilde.

Konno: Wie haben Sie die Wahl des Papstes Benedikt XVI. (2005) und sein Pontifikat gesehen? Kann die Wahl eines Deutschen zum Papst als ein Beweis für die Anerkennung Deutschlands als Mitglied des „Westens“ betrachtet werden? Ratzinger war in Deutschland schon vor der Wahl umstritten, teils schlug ihm sogar Hass entgegen. Wie standen Sie als Nichtkatholik dazu?

Winkler: Nur wenige deutsche Intellektuelle dürften vom Pontifikat Benedikts XVI., des vormaligen Kardinals Ratzinger, eine grundlegende Erneuerung der katholischen Kirche erwartet haben. Bei mir war das nicht anders. Die Entwicklung hat den Skeptikern leider recht gegeben. Wenn man, wie ich es tue, die Verwestlichung Deutschlands nach 1945 als Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens versteht, bedeutet die Papstwahl von 2005 keine Zäsur.

4. Die heutige Lage

Konno: Sind Sie mit dem heutigen Zustand der deutschen Geisteswissenschaften

und der deutschen Universitäten zufrieden?

Winkler: Das große Defizit des deutschen Hochschulwesens liegt meines Erachtens in der fehlenden Reform des Habilitationswesens. Die Anforderungen an die Erlangung des Doktorgrades in den Geistes- und Sozialwissenschaften sind seit den 1960er Jahren enorm gestiegen, ohne dass Konsequenzen für die Habilitation gezogen wurden. Die Folge ist, dass Doktoranden und Habilitanden heute sehr viel älter sind als „zu meiner Zeit“. Die Habilitierten gelten dann nicht selten als „zu alt“ für eine Professur. Wer seine wissenschaftlichen Fähigkeiten mit einer Dissertation bewiesen hat, sollte möglichst rasch die zweite Schwelle, die Erlangung der *Venia legendi*, nehmen können, um selbständig lehren und forschen zu können. Dazu bedarf es keines zweiten „Wälzers“.

Ein weiterer Mangel des deutschen Hochschulwesens: Sozial gerechte nachträgliche Studiengebühren, wie Australien sie 1989 eingeführt hat, sind noch immer ein Tabu. Sie könnten wesentlich dazu beitragen, die Universitäten auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

Die deutsche Geschichtswissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten bedeutende Werke hervorgebracht. Was ich mir wünschen würde, wäre eine stärkere Reflexion der normativen Grundlagen allen historischen Urteilens, also eine vermehrte Aufmerksamkeit für das, was Johann Gustav Droysen in seiner „Historik“ den „ethischen Horizont“ der jeweiligen Zeit genannt hat. Einen solchen „normative turn“ braucht nicht nur die deutsche Geschichtswissenschaft.

Von dem 1933 emigrierten und kurz darauf verstorbenen Staatsrechtlers Hermann Heller stammt das Wort: „Ohne letztlich praktische Forschungsabsicht kann es in der Staatslehre weder fruchtbare Fragen noch wesentliche Antworten geben.“ Das lässt sich in gewissem Maß auf die Geschichtswissenschaft und besonders auf die Zeitgeschichte übertragen. Von einem positivistischen, angeblich „wertfreien“ Standpunkt aus kann die Geschichtswissenschaft ihrem öffentlichen Auftrag nicht gerecht werden.

Konno: An welchen historiographischen oder politischen Projekten arbeiten Sie

derzeit? Oder gibt es ein großes Forschungsprojekt, das Sie noch als unvollendet betrachten?

Winkler: Ich hoffe, noch den einen oder anderen Beitrag zu drängenden Problemen der Gegenwart in historischer Perspektive vorlegen zu können. Mehr sollte man sich in meinem Alter nicht vornehmen.

<Die zusätzlichen Fragen und Antworten>

Konno: Die „westlichen Demokratien“ könnten Ihrer Meinung nach ihre Werte niemandem aufzwingen, aber führt ihre Kritik an der „nicht-westlichen“ Welt auf der Grundlage „westlicher Werte“ nicht dazu, sie ihnen doch aufzuzwingen?

Winkler: Ich kritisiere nicht „die nichtwestliche Welt“, sondern nur Regime, die die Menschenrechte und die Grundfreiheiten des Individuums unterdrücken. Die westlichen Demokratien dürfen für ihre Werte werben, aber sie können das glaubwürdig nur tun, wenn sie ihre Verstöße gegen die eigenen Werte selbstkritisch aufarbeiten.

Konno: Sie schätzen die Werke von Thomas Nipperdey, aber führt die „normative Wende“ der Geschichtswissenschaft nicht zu einer schwarzweißen Dichotomisierung der Geschichtsbilder und zu einer Spaltung der akademischen Welt, wie Nipperdey sie befürchtete?

Winkler: Der normative Horizont einer Epoche oder einer Kultur im Sinne von Johann Gustav Droysens „Historik“ entspricht im 20. und 21. Jahrhundert dem, was der Jurist und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel den „nichtkontroversen Sektor“ genannt hat, auf den eine pluralistische Demokratie ebenso angewiesen ist wie auf den kontroversen. Mit Schwarz-Weiß-Malerei hat das nichts zu tun.

Konno: Die AfD ist eine politische Partei, die hauptsächlich von Menschen aus Westdeutschland gegründet worden ist und geführt ist (Bernd Lucke, Konrad Adam, Hans-Olaf Henckel, Alexander Gauland, Jörg Meuthen, Alice Weidel und Björn Höcke), die jedoch inzwischen teilweise aus der Partei ausgeschieden sind. Obwohl die AfD sicherlich am schnellsten in Ostdeutschland Wähler gewinnen

konnte, findet sie immer mehr Anhänger in Westdeutschland. Führt die „Aufarbeitung“ der ostdeutschen Geschichte übrigens nicht dazu, dass die ostdeutschen Bürger als Bürger zweiter Klasse behandelt werden und unter ihnen die Zahl der Anhänger der AfD und der Linkspartei steigt?

Winkler: Die AfD ist in der Tat eine westdeutsche Gründung und wird von „Westlern“ dominiert. Dass sie in den östlichen Bundesländern sehr viel mehr Zulauf hat als in den westlichen Ländern, liegt in erster Linie an der ungleichzeitigen Entwicklung des geteilten Deutschlands nach 1945. Eine Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens, wie sie in der „alten“ Bundesrepublik stattfand, konnte sich in der ehemaligen DDR erst nach 1989/90 vollziehen. Deswegen haben sich hier altdeutsche Vorbehalte gegenüber der westlichen Demokratie stärker behaupten können als in den westlichen Bundesländern. Dazu kommen die Fehler und Unterlassungen des Einigungsprozesses, nicht zuletzt auf dem Gebiet der politischen Bildung.

Konno: Bezüglich eines selbstkritischen Blickes auf die Geschichte ist die Lage sowohl in Japan als auch im „Westen“ kompliziert. Der Yasukuni-Schrein bewahrt sicherlich die historische Perspektive des modernen Japans, aber seit der Kriegsniederlage ist er nicht mehr als eine private religiöse Organisation und wird sowohl im Ausland als auch im Inland heftig kritisiert, sodass selbst konservative Politiker ihn nicht besuchen können, ohne mit negativen Konsequenzen rechnen zu müssen. In Deutschland ist hingegen der Aufstieg der Reichsbürgerbewegung und der AfD spürbar geworden. Deutschlands Haltung gegenüber den Opfern ist ebenfalls uneinheitlich: Juden werden mit Vorsicht behandelt, Russen werden jedoch nicht gleichermaßen respektiert. Die „westlichen“ Länder – Deutschland ausgenommen – weisen ein deutlich geringeres Maß an Selbstkritik auf. Italien hat ein Museum zu Ehren Benito Mussolinis und eine postfaschistische Partei ist dort an der Macht. Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben sich kaum für ihr aggressives Verhalten gegenüber ostasiatischen und pazifischen Ländern in der Moderne entschuldigt.

Sie selbst sagen, dass die japanische LDP vor allem in der Abe-Ära die Idee der angeborenen Menschenrechte in Frage gestellt habe, was genau meinen Sie damit?

Winkler: Deutschland hatte nach 1945 mehr Anlass zur selbstkritischen Aufarbeitung seiner nationalen Vergangenheit als die klassischen Demokratien des Westens. Aber an selbstkritischen Stimmen ist auch unter amerikanischen, britischen und französischen Intellektuellen kein Mangel. Italien hat sich mit seiner faschistischen Vergangenheit nur unzureichend auseinandergesetzt. Das liegt, wie der Philosoph und Publizist Angelo Bolaffi kürzlich im Gespräch mit mir betont hat, auch an der großen Zahl ehemaliger Faschisten, die sich 1943 nach der deutschen Besetzung Italiens der kommunistischen Resistenza angeschlossen haben. Das Erstarken der rechtsnationalen Strömungen im heutigen Deutschland verweist die deutsche Politik auf die Tradition der wehrhaften Demokratie, wie sie sich nach 1948/49 in der „alten“ Bundesrepublik entwickelt hat.

Konno: Glauben Sie nicht, dass die deutsche Wissenschaft durch die „Verwestlichung“ (u.a. die methodische Rezeption aus der englischsprachigen Forschung, vermehrte Gemeinschaftsprojekte der jüngeren Forscher usw.) allmählich ihre Eigenart verloren hat und dadurch für ausländische Studierende weniger attraktiv geworden ist?

Winkler: Die deutsche Geschichtswissenschaft ist durch die verstärkte Öffnung gegenüber der angelsächsischen und französischen Welt nach 1945 erheblich bereichert worden. Eine wichtige Rolle haben dabei deutsch-jüdische Emigranten und Remigranten gespielt. Bereichernd wirkte auch die Öffnung gegenüber den systematischen Sozialwissenschaften und der „Globalisierung“ der vormals sehr eurozentrischen deutschen Geschichtswissenschaft. Was es an bewahrenswerten deutschen Traditionen in den Geisteswissenschaften gibt, hat sich behauptet und wird sich, so hoffe ich, weiter behaupten.

Konno: Herr Professor Winkler, herzlichen Dank für Ihre Antworten.

日本語要約

2023年夏に行われた、ベルリン大学名誉教授ハインリヒ・アウグスト・ヴィンクラー（1938年ケーニヒスベルク生、以下Wとも）との対話の内容を、本人の諒承を得てここに公表する。この対話は書面のみで行われた。7月27日に筆者が電子メールで、対面あるいは書面でのインタビューを申し込んだところ、7月31日に同氏から電子メールで、書面での回答を承知する返事を得た。そこで8月2日に筆者が質問票を送り、8月21日に回答を得た。これを受け、筆者が9月28日に追加質問を行い、10月4日に同氏からの回答を得た。対話内容の要旨は以下の通りである。(1) (両親が歴史家だったことがWの職業選択にどう影響したかを問われて) 両親とも歴史学で博士号をとっており、私の歴史への興味は幼児期から醸成された。学校でも歴史が好きな科目だった。大学入学資格取得の一年前にウルムでドイツ歴史家大会（1956年）に参加を許され、この経験のため1957年から大学で歴史学を専攻することにした。(2) (Wにとって東プロイセンは何を意味するか、ケーニヒスベルク時代の記憶はあるか、西欧統合への確信に故郷からの逃亡・追放の経験が関係しているのか、ソヴィエト連邦崩壊後にロシアが東プロイセンの北半分を喪失するのではないかと考えたかと問われて) 1943/44年のケーニヒスベルク、ザムラント海岸、クルシュ砂洲の光景を覚えている。1944年夏から記憶がつながっており、母は終戦及び東プロイセンの破滅を予想して、ケーニヒスベルクでの学業を終え、この月に祖母、自分を連れてこの地を離れ、シェルクリンゲン（ヴェルテンベルク）郊外の寄宿舎学校で補助教員となった。私は、戦争末期の数か月と同様に、米軍進駐のことをよく記憶しており、西欧の覇権国アメリカへの興味が強くなり、1950年からウルムのアメリカ・ハウスを何度も訪ねた。母は東プロイセンを再び見たいとは思わず、自分も学校時代からドイツ東部は永遠に失われたと思っていた。ただ私はポーランド部分の旧東プロイセンは1979年から複数回訪問し、いまのカリーニングラードにも1994年に一度行って、郊外のユディッテンに生家が残っているのを見た。(3) (ケーニヒスベルク大学で父の博士論文指導教官でもあったH・ロートフェルスにはどう接触し、彼がどういう経緯でWの指導教官にもなったのか、Wは彼から何を学んだかを問われ

て) ロートフェルスにはウルムのフンボルト・ギムナジウム時代に、彼をケーニヒスベルク時代に知っていた母を介して知り合い、大学での科目選択の相談に乗ってもらい、チュービンゲン大学で最初の学期である1957/58年冬学期に、1848/49年革命の民族問題をテーマとする研究演習に招待された。私がロートフェルスから学んだのは、歴史を問題史として把握すること、単なる知識 (Kenntnisse) より認識 (Erkenntnis) を重視することである。(4) (Wは西ベルリンで学生運動の頂点をどう体験したか、学生運動は連邦共和国の政治文化を刷新したとよく言われるが、当時すでに大学教官でSPD 党員だったWは、学生運動家とどのようなイデオロギー的共通点・相違点を感じたかと問われて) 私は1968年7月までハーヴァード大学でドイツ・ケネディ記念フェロウだったが、この留学中に勤務先のベルリン自由大学オットー・ズール研究所の幹部会で、助手代表に選ばれていた。この幹部会には、教授、教育・事務の中間職、学生が三者対等で参加していた。私は大学政治の改革派だったが、1968/69年冬学期のうちにこの三者対等制に批判的になった。過激な助手や学生との対決で私の模範者・助言者となったのは、亡命から戻ったユダヤ人のE・フレンケル、R・レーヴェンタールだった。私は同志の教員たちと、1970年6月に政治学・近代史学の教授資格制度の「改革の改革」に尽力し、ベルリンの穏健派SPD 党員の支援を得た。(5) (WのT・ニッパダイ、E・ノルテ、H・メラーとの関係を問われ、ノルテとの全体主義論の共有を指摘されて) ニッパダイは1963年からゲッティンゲンのマックス・プランク歴史学研究所で知っていて、彼の作品もメラーの作品も評価していた。ノルテの最初の大作『その時代におけるファシズム』(1963年)は私にとってとても印象的で、当時SPD 誌『前進』でかなり肯定的に書評した。国民社会主義政権のユダヤ人殺害の歴史における唯一性が問われた歴史家論争で、ノルテが国民社会主義に関して国民弁護論の立場を取ったので、私は彼の学問的敵対者となった。国民社会主義とソヴィエト共産主義とに全体主義的共通性があることは、当時も私には疑いのないことだった。2000年に私はメラーが政治的に毀誉褒貶のあるドイツ財団でノルテの顕彰演説をする決意をしたことを批判した。これはメラーの現代史研究所(私はその評議員だった)の所長としての役割と両立しな

いとのかえからだった。ただメラーの同研究所及び現代史研究に関する貢献は変わらず評価している。(6) (冷戦期のドイツ国民理念の堅持及びドイツ国民国家再建への消極性、ポスト・ナショナルな秩序への志向、ベルリンの壁崩壊時の方針転換を指摘され、統一でニッパダイやO・ダンのように感激したかと問われて) 私は1980年代に幾人かの政治学者・歴史家が唱えた東西二国民形成論には反対だったが、同時に1945年に滅亡したドイツ帝国のような主権を有するドイツ国民国家の再建にも、中欧にそのような新大国ができることは、20世紀前半の経験から他の欧州諸国にとって無理だろうと考えて、反対していた。「ポスト・ナショナル」という政治学者・現代史家K・D・ブラッハーの概念に関しては、私が共有したことはない。だがベルリンの壁が崩壊すると、私は方針を改め、1990年年頭にはドイツの1945年の国境内での連邦国家的結合が不可避だと考えるに至った。再統一ドイツは、他の全てのEU加盟国と同じく、ポスト古典的な国民国家である。それは一部の高権的権利を他の加盟国と共同で行使し、また別な一部の高権的権利を欧州中央銀行のような超国家機関に移譲したのである。1990年10月3日(の統一)は、私には1989年11月9日(の壁崩壊)と似て、決定的事件だったと思われる。再統一以来、歴史上のドイツ問題は三つの観点で解決した。第一に、統一と自由という1848/49年革命の二つの古い要求の一つの答えが出された。第二に、ドイツの国境の確定が宣言され、オーデル川、ゲルリッツを通るナイセ川が独波国境と決まり、もう一つの世紀の問題だったポーランド問題が解決された。第三に、NATO加盟国となることでドイツが欧州安全保障上の問題ではなくなった。(7) (Wはベルリン・フンボルト大学にはどう呼ばれたのか、東独の厳しい批判者であったWが東独の大学に来てどう思ったか、どんな会話を東独の歴史家と交わしたかと問われて) 私は、(東独大学の構造改革を進める)歴史学構造・招聘委員会議長だったG・A・リッター教授から、ベルリン・フンボルト大学の現代史教授に応募するよう勧められた。応募は成功し、1991年4月に私は最初の「西の歴史家」としてフンボルト大学からの招聘を受諾し、1972年以来教えたフライブルク大学を去った。ベルリン市学術研究担当市参事会員(ベルリン州文部大臣)M・エルハルト、フンボルト大学学長H・フィンクの求めに

応じ、私はまず事務管理のための臨時歴史学科長になり、改めて新規採用教官が全員一致で私を（正式の）歴史学科長に選出した。東独の歴史家に関しては、学問業績があつて留任の見込みがある者と、SED 寄りの党派性が学問業績を支配している者とを区別することが重要だった。留任できなかったのは、シュタージのために働き、または／更に、同僚や学生を糾弾した者だった。自然科学などでは（政治的）負債が少なく、人文社会科学より留任率が高かった。新規採用教官は、DDR 時代に政治的理由で追放されていた元学生に特別の責任を負っていた。総じていえば、フンボルト大学の再出発はうまくいったと言えるだろう。(8) (Wのデルテ夫人との歴史学での共同作業を問われて) 妻は1976年にW・シーダーの許で論文「第三帝国の女性労働」で博士号を取得している。妻とは私の著書のあらゆる問題提起、仮説、命題について議論している。中核的文章は口頭で読み上げて、妻の批評を加味する。私が政治に介入するときも同じで、妻の重要な提案に負うところがある。(9) (Wの歴史叙述の背景にはドイツ・ナショナリズムがあるのではないかと問われて) 「ナショナリズム」という概念は、ドイツでは国民社会主義支配のために信頼を失っている。ドイツではそれは排外的で過剰なものを意味しており、いまこれと対置されるのが啓蒙された、世界に開かれた愛国主義である。この愛国主義は、ドイツの国民的過去の自己批判的徹底究明を求めるものである。この文脈で私が好んで引用するのが、G・ハイネマンの言葉である。「厄介な祖国が幾つかあり、ドイツもその一つだが、それでもドイツは我々の祖国である」(1969年7月1日大統領就任演説)。この言葉には、演説当時すでに感銘を受けた。(10) (1945年以前のドイツを当時の西欧諸国と比べて後進的として描く「ドイツ特有の道」論とは、西欧戦勝国との友好を確保するという政治的必要の産物であつて、歴史学的には問題ではないか、フランス王は全国身分制議会の召集を拒み、イングランド王チャールズ一世は議会を一旦解散したが、神聖ローマ帝国には常設帝国議会があつた、ドイツの選挙君主制や君主と諸身分との対立は絶対君主制の設立を阻み、ローマ＝ドイツ皇帝の選挙協約はドイツ憲法と見ることができ、権利章典より詳細だった。近世ドイツでは宗派共存が確立した国家原則だったが、英仏は違った、ドイツの選挙法民主化、婦人参政権はイギリ

スより早い、ドイツの帝国議会にはイギリスのような貴族院がない、イギリスはいまだに成文憲法がなく、いまでも貴族院があり、国民国家も揺らいでいる。モンテスキューの権力分立論やルソーの社会契約論は近世フランス政治の現実からは遠く、暴力革命を呼び起こした、近代フランス国民国家の中央集権制は言語的・文化的少数派を抑圧した、これでも「西欧的価値」に照らしてドイツは英仏より後進的なのかと問われて) F・マイネッケのいう「ドイツの悲劇」(1946年)はドイツ史との批判的対決を命じた。私の世代の歴史家にとって中核的な問いは、大西洋の兩岸にまたがる(広義の)西欧の高度工業社会で、どうしてドイツだけが、1930年以降世界大恐慌の渦中で、民主的体制から右派権威主義的、そして右派全体主義的体制に転換したのかというものだった。このような問いが生じたのは、ドイツとそれ以外の西欧諸国とでは何もかもが異なっていたからではなく、ドイツには英仏米との間に多くの共通点があったからである。文化的にはドイツは古い西洋、「ラテン語系欧州」、西方教会系欧州に属し、その聖俗対立に由来する権力分立の伝統は中世盛期にまで遡る。ドイツは欧州の啓蒙に重要な役割を果たした。19世紀には、ドイツは法の支配と権力分立に関する独自の伝統を発展させたが、1776年のアメリカ革命や1789年のフランス革命で形づくられた啓蒙の他の政治的帰結、すなわち普遍的で不可譲の人権、人民主権、代議民主制は採用しなかった。ドイツでは、1867年の北ドイツ連邦成立以来、帝国議会における男性の普通平等選挙権が認められており、イギリスやベルギーといった古典的な自由君主制国家は、この点でドイツより遅れていた。だがドイツ帝国は第一次世界大戦が敗北に近づいた1918年秋まで、議会に責任を負う政府を持たなかった。これは、ドイツ初の民主主義国家たるヴァイマル共和国が引き継いだ最も深刻な負債のひとつであり、その失敗の深い原因の一つでもあった。1918年以降も、ドイツの政治文化は引き続き官憲国家的であり、20世紀前半の米英仏など多くの他の西欧諸国とは異なっていた。1986年にJ・ハーバーマスが「歴史家論争」の絶頂期に語った「西欧の政治文化に対する連邦共和国の無条件の開放」は、ドイツの二度目の、今度は完全な敗北の後で漸く、それも自由な西独地域でのみ行われた。東独地域、つまりソ連占領地域、後のドイツ民主共和国で

は、1989年の平和革命以前にはそうした機会はなかった。東独では、支配政党の反ファシズム・イデオロギーにかかわらず、自由主義的な西側に対する古いドイツの抵抗感が、西独よりもはるかに大きく勢いを持ち得た。ドイツが二つの政治文化に分かれた影響はいまも残っており、例えば「ドイツのための選択肢」(AfD)は西独州より東独州ではるかによい結果を出している。(11) (Wのドイツ史叙述ではプロイセンが現代ドイツの出発点として強調され、ハプスブルク家が率いた神聖ローマ帝国やドイツ連邦が低い評価になっているが、神聖ローマ帝国は本当にただの形骸だったのか、ドイツ連邦は大ドイツ的で緩やかな国民統合ではなかったのかと問われて) 近世の過程で、プロイセンはドイツに入って一体化し、エステルライヒはドイツから出て分離された。プロテスタントのホーエンツォレルン国家とカトリックのハプスブルク帝国との対立は、旧帝国の内部を空洞化させた。ドイツ連邦は、市民層の自由・統一運動を敵に回して未来を失った。1848/49年革命の失敗後、国民運動では最終的に「小ドイツ的」、親プロイセン路線が優勢となり、エステルライヒのないドイツを想像できなかった「大ドイツ派」は取り残された。1848/49年革命に対するビスマルクの応答は、完全にプロイセンの伝統に則った上からの革命であった。彼はドイツ統一問題を小ドイツ的な意味で、すなわちエステルライヒ抜きで、エステルライヒに対抗する形で解決し、自由問題の解決は先送りされた。ドイツ帝国におけるプロイセンの政治的覇権は、プロテスタンティズムの文化的覇権と対応していた。いかに脱キリスト教化が進んでも、その影響の一部はいまでもドイツに残っている。(12) (H・ミュンクラーは2015年に「我々は覇権国だ」と言い、ドイツ人に欧州のリーダーシップを取る勇気を持つよう訴えたが、それに同意できるかと問われて) ドイツの覇権は欧州統一の終焉を意味する。ドイツはその歴史、地理的位置、人口規模、経済力から生じる責任を負わなければならない。これはまた軍事政策上の義務を負うことにもつながるのであり、その認識はロシアのウクライナへの侵略戦争の影響で、ドイツに徐々に浸透し始めている。(13) (Wの歴史的語りはEUやNATOの戦略と一致し、読者に「西欧」の成果を強調し、非「西欧」的欧州への警戒を喚起しているのではないか、それはF・フクヤマとは自由民主主義の規範力への信仰を共有し、

S・ハンティントンとは「西欧的」価値防衛の唱道を共有するものではないかと問われて) 自分は西欧的価値がソヴィエト共産主義体制の没落後に世界にすぐに拡大するというフクヤマの見通しを決して信じなかった。西欧民主主義諸国はその価値を誰に強要することもできない。特に軍事的手段をもって強要することは決してできない。だが西欧諸国は、それらの価値を遵守し、これらの価値に照らした自身の違反について自己批判的になることで、これらの価値を売り込むことができる。(14) (日本は世界でどのような役割を果たすべきか、日本は敗戦後、「西欧」に対して政治的・文化的に独自の道を進むことを大幅に控え、G7サミットの一員になっているが、それでもWは日本が「西欧」に属さない国と考えるのかと問われて) 日本には独自の歴史及び文化がある。歴史的に言って、日本は現代西欧の起源である古い西洋の一部ではない。1868年以降の明治時代、日本は上からの革命を行って、西欧の影響に対して選択的に国を開いた。同時期に上からの革命を経験していたプロイセン＝ドイツが近代化のモデルとみなされたのは偶然ではない。例えばプロイセン社会国家の先駆的構想者であり、行政学の開拓者であるL・v・シュタインの受容などは、注目に値する。第二次世界大戦での敗戦後、日本は広範に西欧に門戸を開いた。1945年以降のドイツとの違いの一つは、生来の人権という考えが、影響力のある集団、特に与党の自由民主党において、国家から与えられた権利という考えの反撃にあっているということで、これは安倍晋三政権の時代に特に顕著になった。日本はまた、その伝統への向き合い方において、ドイツとは異なっている(キーワードは靖國神社)。1945年以前の時代との関係は、「主流」に関する限り、自己批判的というよりも肯定的である。私の知る限り、第二次世界大戦、戦争犯罪、人道に対する罪について、ドイツ連邦共和国で長く論争を呼んできた議論に、日本で対応するものはない。それにもかかわらず今日の日本は、他のアジア諸国や太平洋地域全体への影響力が増大している現代民主主義大国の一つである。G7の枠組の中で、欧州や北米の経済的に最強の民主主義諸国と日本が緊密に協力することは、世界政治的に非常に重要である。(15) (強力な経済力と軍事力、そして罪悪感のない長い歴史を持つ中国は、1945年以降の日本のように西欧の傘下に入ることを明らかに望んでいないので、多く

の人が「西欧」は最終的には中国との戦争に陥ると予想しているが、中国との大規模な戦争の可能性が高いと考えているか、最近のドイツは経済的に中国に依存しすぎていると思うかと問われて）中国と西欧民主主義諸国との戦争は決して不可避というわけではない。だが台湾問題を巡り中国が米と軍事的に衝突するならば、欧州諸国が中立を保つのは、環大西洋パートナーシップを危険に晒すことになるので、困難だろう。いまドイツは中国に経済的に依存しており、これは早急に是正の必要がある。連邦政府の新たな「中国戦略」も同じ考えで、そこでは中華人民共和国での人権侵害も取り上げられている。(16)（「西欧的価値」は完結した大系ではなく、寧ろその内容は不断に変化しており、いまでは同性婚や「多様な」性別の導入、女性や移民などの少数派に対する割当に基づく優遇措置、肉食忌避の唱道など、Wの世代が全く知らなかったような多くの事柄が含まれている、具体的に何が「西欧的価値」かは、「西欧」の進歩的運動内での議論によって決定されるが、非「西欧」諸国はその議論の結論を黙って受け入れることを期待されている、「西欧的」価値が「普遍的」価値として機能するという状況は、世界政治における「西欧」の指導要求の倫理的根拠として機能している（ちなみに日本も「西欧的価値」を中国や朝鮮に対する「道徳の棍棒」として使うことがある）、イスラム主義者が神権政治の確立を試みたり、ロシアが正教の歴史的基盤に基づいてかつての権力を取り戻そうと試みたり、中国が党独裁を強化したりするのは、「西欧」の世界指導への反動ではないかと問われて）近代西欧の歴史には三つある。第一に、今日まで完結していない西欧的価値の習得または拒否を巡る、西欧自身の内での闘争の歴史である。第二に、西欧的価値に関する重大な違反の歴史（キーワードは奴隷制、奴隷貿易、植民地支配、帝国主義）。第三に、自己批判及び自己修正の歴史、つまり学習過程の歴史である。ヴァージニア権利宣言や1776年のアメリカ独立宣言に始まる初期アメリカの人権宣言は、男性の優位、人種的優位に捉われたその著者たち（その中には奴隷所有者もいた）よりも賢明だった。普遍的で不可譲な人権を、その全部または一部を留保された人々も、よりどころにすることができた。つまりその人々とは、長いこと重要な公民権を否定されていた、アフリカやカリブ海から強制的に連れてこられた奴隷やアメリカ原住

民、そして女性のことである。19・20世紀の解放闘争は、人権と公民権の拡大解釈をもたらし、この戦いはいまでも続いている。この西欧の規範的プロジェクトから、規範のプロセスができたのである。私の意見では、自分の過ちから学ぶ能力が西欧の最大の強みである。西欧が「間違いを犯しやすい」あるいは「学習能力のあるシステム」であるということは、その価値観が非西欧世界の多くの人々にとって魅力的であることのかかなりの部分を説明している。それこそ、当然ながら権威主義体制が恐れている魅力なのである。これは中国やロシアにも当てはまる。ちなみに両国とも異民族を支配下に置いている植民地大国であって、帝国主義的と呼ぶに相応しい政策を追求している。イスラム世界の件は、改めて論じるべき厄介な問題である。イスラム諸国会議機構に加盟する57カ国の45外相によって確認された1990年8月の「カイロ宣言」によれば、人権はシャリーアに従ってのみ通用し得るとされており、人権は普遍的で不可譲であるという西欧の見解と根本的に相容れない。(17) (Wは「西欧的価値」とは自由民主主義だと考えているが、「西欧」の歴史はとりわけ人種主義と帝国主義の歴史でもある、Wは国民社会主義を「西欧的価値」の対極として捉えているが、国民社会主義が目指した「民族=民衆共同体」は、例えばフランス革命から始まる伝統の流れにあるのではないか、また非西洋人を「下等人間」とする見方は、いまでも西欧諸国に存在しているのではないか、更に「正しいもの」と「間違ったもの」とを峻別し、一方を促進し他方を駆逐しようとする発想法は、古代から今日に至るまで「西欧」に受け継がれてきたのではないかと問われて) 国民社会主義支配は、西欧の政治理念に対するドイツの反抗の最高点、あるいはよりよい表現としては最悪の局面である。NS (国民社会主義) はポピュリズムあるいは疑似民主主義の手法を駆使して大衆政党になった。それはもともと左派のものだった用語を多数使用し、国民投票で自己を正当化した。どの西欧民主主義国家も、いつどこで自らの価値に違反したかという自己批判的問いを、絶えず提起しなければならない。他文化の尊重は必要だが、それが人権事項における道徳的無関心を意味するものであってはならない。(18) (Wは「西欧」のユダヤ教=キリスト教的 (あるいは一神教的) 起源を非常に重視しているが、 $E = W \cdot \text{ベッケンフェルデ}$ は、自由民主主義はそれ自体の

道徳的基盤を構築できないという意見を持っていた、J・ハーバーマスはJ・ラッツィンガーとの対話で、道徳的基盤として宗教が一定の意義を持っていると述べている、ドイツ社会におけるキリスト教の希薄化で、自由民主主義が不安定になる可能性があると思うかと問われて) 現代西欧がユダヤ教的=一神教的、そしてキリスト教的な起源及び特徴を有することは明らかである。啓蒙に先立ち、中世にキリスト教の自己啓蒙が始まった。疑うことの生産的力は、デカルトより前にアベラールによってすでに発見されていた。神法と人法との明確な区別はイエスに由来している(「皇帝のものは皇帝に、神のものは神に返せ」)。この区別は、人間の解放を可能にし、世界を世俗化する条件であることが、明らかになっていったのである。同じく神の領域と現世の領域との区別に基づくのが、前述の叙任権論争における聖界的権力と世俗的権力との分離の萌芽で、これは西欧の個人主義及び多元主義の生殖細胞であり、現代の権力分立の「原初形態」である。ただキリスト教社会だけが現代西欧の規範的・制度的成果を習得できるというわけではなく、西欧的価値の本質の一つは一般に広められ得るといふ点にある。普遍的人権は原則として全ての人に適用されるのであり、そうでなければ普遍的とは言えない。西欧の民主主義諸国の中では、キリスト教的遺産の世俗的成果だけが規範的拘束力を主張することができる。西欧の歴史の徹底究明は、その政治文化をより深く習得することの一部をなす。自由主義的で多元主義的な民主主義諸国には、E・フレンケルのいう議論のあり得る分野と議論の余地のない分野とが必要で、議論の余地のない分野とは、D・シュテルンベルガーやその後を継ぐJ・ハーバーマスが「立憲愛国主義」と呼んだものであるべきだろう。(19) (Wは世俗化を「西欧」の特徴だと考えているが、世俗主義的なフランスや、アメリカによって政教分離を強制された日本とは異なり、ドイツ連邦共和国は国家と教会との親密な協力を特徴とする国ではないか、ドイツの政教協力体制にはまだ未来があると思うかと問われて) 厳格な世俗主義を掲げるフランスは、西欧民主主義諸国ではむしろ例外である。国家と教会との分離は近代西欧の偉大な成果の一つである。西欧民主主義諸国は、国家と教会の関係をどのように組織するかで異なっている。この点も示すように、西欧世界とは多様な構成体である。(20) (Wは教皇ベネディクトゥ

スー六世の選出とその時代をどう見たか、ドイツ人の教皇選出はドイツの「西欧」構成国としての承認の証拠ではないか、ラッツィンガーは教皇選出前から論争的で、憎悪されることもあったが、非カトリックのWはどのような態度かと問われて) ドイツの知識人でラッツィンガーにカトリック教会の刷新を期待できた者はごく少数だった。私も同様で、その展開は残念ながら懐疑派の予想通りとなった。私のように1945年以後のドイツの西欧化を西欧の政治文化への開放と解釈するなら、2005年の教皇選挙は何の画期でもない。(21) (今日のドイツの人文科学、ドイツの大学の状況に満足しているかと問われて) 私の見るところ、ドイツの高等教育制度の大きな欠陥は、教授資格制度改革の欠如にある。1960年代以降、人文社会科学で博士号を取得するための要求水準が大幅に引き上げられたが、教授資格取得には何の帰結ももたらさなかった。その結果、今日の博士号志願者や教授資格志願者の年齢は、「私の時代」よりもはるかに高くなっている。教授資格取得者は、教授職に就くには「年を取りすぎている」と見なされることが少なくない。博士論文で自分の学術能力を証明した者が独立して教育したり研究したりできるために、第二の敷居である教授資格試験をできるだけ早く終えられるべきで、そのために第二の「大著」は必要ない。ドイツの高等教育制度のもう一つの欠点は、1989年に濠が導入したような、社会的に公正な授業料がいまだにタブーとなっていることである。それは大学の財政基盤強化に大きく貢献できるはずである。ドイツの歴史学はここ数十年間で重要な研究成果を出したが、私が望むのは、あらゆる歴史的判断を行う際に、規範的基盤をよりしっかり考えること、すなわちJ・G・ドロイセンがその『歴史学』で各時代の「倫理的地平」と呼んだものにより注意することである。このような「規範論的転回」(normative turn)が必要なのはドイツ歴史学だけではない。1933年に亡命しすぐ亡くなった憲法学者H・ヘラーは、「結局、実践的な研究意図がなければ、国家学において実りある問いも、本質的な答えも有り得ないのだ」と述べている。これは歴史学、とりわけ現代史の研究にもある程度当てはまる。実証主義的で「価値判断を排除した」(wertfrei) 観点からでは、歴史学はその公共的使命を果たすことはできない。(22) (Wはいまのような歴史学的、政治的企画に取り組んでいるのか、未完成と考えてい

る研究企画はあるかと問われて) 私は、現代の喫緊の問題についての歴史的観点からの論稿を、なお幾つか寄稿できることを願っている。それ以上のことは、私の年齢では無理をするべきではないだろう。(これ以降は追加質問・回答) (23) (「西欧的民主主義諸国」はその価値を誰にも強要できないとWはいうが、その諸国が「西欧的価値」を基準に「非西欧」世界を批判するなら、結局それは強要することになるのではないかと問われて) 私は「非西洋世界」を批判するのではなく、個人の人権及び基本的自由を抑圧する体制だけを批判するのである。西欧民主主義諸国は、自らの価値観を売り込むことは許されるが、それを信頼できるものとして行えるのは、自らの価値観を自ら侵害する行為を自己批判的に検証する場合のみである。(24) (Wはニッパードの作品を評価するというが、Wの提唱する歴史学の「規範論的転回」は、ニッパードが恐れた歴史像の白黒図式化、歴史学界の分断を招くのではないかと問われて) 20・21世紀において、ドロイセンの『歴史学』の意味での時代や文化の規範的地平は、法学者・政治学者フレンケルが「議論の余地のない分野」と呼んだものに対応している。多元主義的民主政というものは、この「議論の余地のない分野」にも、「議論の余地のあり得る分野」にも同様に根差している。このことは、白黒図式とは何の関係もない。(25) (AfDは西独出身者(部分的には脱党したが)が創設し率いている政党で、まずは東独で支持を拡大したものの、ますます西独で支持を拡大しつつある、ちなみに東独史の「徹底究明」は、東独市民の二級市民化、彼らのなかでのAfDや左派党の支持増大を招かないかと問われて) 実際AfDは西独で創設され「西独人」に支配されているが、それが西独州よりも東独州ではるかに人気があるというのは、主に1945年以降の分断されたドイツの時差のある発展のためである。「旧」連邦共和国で起きた西欧政治文化への開放は、旧DDRでは漸く1989/90年以降に実施され得た。だからこそ、西欧民主主義に対するドイツの古い留保が、西独州よりもここでもより強く主張することができたのである。加えて、特に政治教育の分野での統一プロセスの誤謬や不作為もある。(26) (歴史の自己批判に関しては複雑な状況がある、靖國神社は確かに近代日本の歴史の見方を保存しているが、敗戦後は単なる民間宗教施設に過ぎず、国内外でかなり批判に晒されているため、保守

政治家でさえ参詣すると負の影響を覚悟しなければならない、これに対しドイツでは帝国市民運動や AfD の擡頭があり、戦争被害者に対する態度も対ユダヤ人と対ロシア人とでは大違いである、ドイツ以外の西欧諸国は明らかに自己批判の気風が薄く、イタリアにはムッソリーニを顕彰する博物館があり、ポスト・ファシスト政党が政権についている、英米は近代における東アジア・太平洋諸国に対する攻撃的態度をほとんど詫びていない、ちなみに W は自民党が安倍時代に生来の人権という観念を疑問視したというが、具体的に何を念頭に置いているのかと問われて) 1945 年以降、ドイツには西欧の古典的な民主主義諸国よりも、その国民の過去を自己批判的に徹底究明する契機が多くあった。しかし自己批判的な声は、米英仏の知識人の間でも足りないことはない。イタリアはファシストの過去と十分に向き合っていない。哲学者でジャーナリストの A・ボラッフィが最近私との会話で強調したように、これはドイツによるイタリア占領後の 1943 年に、共産主義レジスタンスに参加した元ファシストが多かったことにも原因がある。今日のドイツにおける右派ナショナリズムの潮流の擡頭は、ドイツ政治に、1948/49 年以降の「旧」連邦共和国で発展させた闘う民主政の伝統を意識するよう、注意を促している。(27) (ドイツの学問は「西欧化」(特に英語圏の研究手法の受容、若手研究者による共同研究の増加など)により、徐々にその独自性を失い、それに伴い外国人学生にとって魅力を失いつつあるのではないかと問われて) ドイツの歴史学は、1945 年以降、アングロサクソンおよびフランス世界への開放性が高まったことにより、著しく充実した。これにはドイツ＝ユダヤ系亡命者・帰国者が重要な役割を果たした。体系的な社会科学への開放と、それまで非常に欧州中心的だったドイツの歴史学の「グローバル化」も、豊かな効果をもたらした。保存する価値のあるドイツの人文科学の伝統は堅持されてきたのであり、今後も堅持されると、私は望んでいる。